



Pressemitteilung

Rahmenvertrag EU-Schweiz: Hartmann-Müller kritisiert Verhandlungsabbruch

Die Waldshuter Landtagsabgeordnete Sabine Hartmann-Müller kritisiert die Entscheidung des Schweizer Bundesrats, die Verhandlungen über das institutionelle Rahmenabkommen zwischen der EU und der Schweiz zu beenden. „Mit dem einseitigen Verhandlungsabbruch verpasst die Schweiz die historische Chance, ihre bilateralen Beziehungen mit der Europäischen Union zu modernisieren und nachhaltig zu vertiefen“, so die CDU-Politikerin.

Waldshut-Tiengen, 27.05.2021

Sabine Hartmann-Müller, MdL
Haus der Abgeordneten
Konrad-Adenauer-Straße 12
Telefon: +49 711 2063 961
sabine.hartmann-muel-
ler.wk@cdu.landtag-bw.de

Wahlkreisbüro
Hauptstraße 18
79761 Waldshut-Tiengen
Telefon: +49 7741 835 2605
Fax: +49 7741 835 2631
sabine.hartmann-muel-
ler.wk@cdu.landtag-bw.de

Die Schweiz will keine engere Bindung an die Europäische Union. Nach sieben Jahren hat sie die Verhandlungen über den geplanten Rahmenvertrag mit der EU beendet. „Mit dem einseitigen Verhandlungsabbruch verpasst die Schweiz die historische Chance, ihre bilateralen Beziehungen mit der Europäischen Union zu modernisieren und nachhaltig zu vertiefen“, bedauert Sabine Hartmann-Müller.

Das 2018 ausverhandelte Rahmenabkommen sollte die Grundlage für eine Verbesserung und Weiterentwicklung der künftigen Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz werden. Sein Hauptziel war die Sicherstellung gleicher Bedingungen im EU-Binnenmarkt, zu dem auch die Schweiz wesentlichen Zugang hat. Hier hatte Bern bis zuletzt die Unterschrift verweigert und gefordert, drei aus Sicht der Schweiz wesentliche Punkte nachträglich aus dem Vertragswerk auszuklammern. Die Themenbereiche Staatsbeihilfen, Maßnahmen zum Schutz der hohen Löhne in der Schweiz sowie die EU-Personenfreizügigkeit sollten hierbei substantiell an die Schweizer Vorstellungen angepasst werden. „Der privilegierte Zugang zum EU-Binnenmarkt setzt voraus, dass alle die gleichen Regeln und Pflichten respektieren“, erklärte Sabine Hartmann-Müller. „Wer

den Binnenmarkt nutzen möchte, muss auch dessen vier Grundfreiheiten akzeptieren. Die Europäische Kommission zurecht immer wieder deutlich gemacht, dass dieser Grundsatz nicht verhandelbar ist“, so die CDU-Politikerin weiter.

„Die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer hat sich dieses Abkommen gewünscht“, sagte Hartmann-Müller, die in den vergangenen Jahren immer wieder für das Abkommen geworben hatte. „Jetzt müssen die Menschen an beiden Ufern des Hochrheins die Zeche dafür zahlen, dass sich die Hardliner in Bern durchgesetzt haben“, so Hartmann-Müller weiter.

Da die bilateralen Verträge zwischen der EU und der Schweiz bestehen bleiben, ändert sich für Grenzgänger vorerst nichts. Allerdings wies die Europäische Kommission bereits darauf hin, dass es ohne ein institutionelles Rahmenabkommen keine weiteren Verträge geben werde und ältere Abkommen möglicherweise nicht aktualisiert werden. „Wer mit grenzübergreifender Zusammenarbeit in unserer Region zu tun hat weiß, dass ein institutionelles Rahmenabkommen völlig alternativlos ist. Die komplexen Beziehungen zwischen Brüssel und Bern werden durch weit über 100 Einzelabkommen geregelt, die teilweise schon 50 Jahre alt sind“, sagte Sabine Hartmann-Müller. Im Sinne der Menschen am Hochrhein gelte es nun, eine gemeinsame Lösung für das Problem zu finden.